

Forderungen zur niedersächsischen Kommunalwahl

am 12. September 2021



Forderungen zur niedersächsischen Kommunalwahl am 12. September 2021

Der SoVD setzt sich dafür ein, diese Themen bei der Kommunalwahl 2021 in Niedersachsen endlich angemessen anzugehen.

Seit 2020 ist die Politik auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene mit der Corona-Pandemie konfrontiert. Die Erfahrung der Verletzlichkeit des Alltags hat uns alle herausgefordert und verunsichert. Die Normalität wurde in großem Maße erschüttert. Wie unter einem Brennglas hat das Virus Schwachstellen unserer Gesellschaft aufgezeigt und soziale Probleme und Spaltungen verschärft. Dazu gehört etwa die mangelhafte Verwirklichung eines Gesundheitsschutzes für alle, der Umgang mit Pflegebedürftigen und Pflegepersonal sowie das Recht aller Kinder auf Bildung. Durch die Dominanz der Gesundheitskrise sind aber auch viele andere drängende Probleme aus dem Blickfeld geraten. Dazu gehören Armut und prekäre Lebensverhältnisse, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung, die Krise des Wohnungsmarkts, die Herausforderungen für Kultur und Gesellschaft sowie die Fragen von Klimakrise und Klimaschutz. Auch diese Themen sind wichtiger denn je. Es zeigt sich deutlich, wie wichtig ein starker Sozialstaat ist. Hier gilt es anzusetzen, um auf alle diese Krisen endlich zu reagieren und Zukunft gerecht zu gestalten.

- 4 Soziales und Arbeit**
Armut bekämpfen
Prekäre Beschäftigungsverhältnisse reduzieren
- 6 Inklusion und Vielfalt**
Offene und solidarische Gesellschaft leben
Inklusion und Teilhabe stärken
- 8 Lebenswerte Kommune**
Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen
Digitalisierung und Barrierefreiheit ausbauen
Kulturelle Angebote erhalten und fördern
Mobilität und Klimaschutz voranbringen
- 12 Bildung**
Schule zukunftsfähig gestalten
Verlässliche Betreuung für alle Kinder ermöglichen
- 14 Frauen**
Bedingungen für Frauengesundheit und Geburt verbessern
Frauen und Kinder vor Gewalt schützen
Frauenanteil in der Politik erhöhen
- 17 Pflege**
Gute Pflege verwirklichen
- 18 Wahlprüfsteine kompakt**



Wir fragen Politiker*innen zu unseren Themenkomplexen
Seite 18

Soziales und Arbeit

Armut bekämpfen

Zu viele Menschen sind von Armut, vor allem von Armut im Alter, betroffen. Gründe sind zum Beispiel der Niedriglohnsektor, (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Absenkung des Rentenniveaus, Kurzarbeit und unbezahlte Sorgearbeit. Konkret zeigt sich Armut an dem Ort, an dem Menschen leben. Deshalb haben Kommunen im Rahmen ihrer sozialen Daseinsvorsorge die Aufgabe, die Folgen der Einkommensarmut und prekärer Lebenslagen zu mildern und zu bekämpfen. Zielgruppen-gerechte Aufklärung und Beratung vor Ort spielen dabei eine grundlegende und wichtige Rolle, zum Beispiel Verbraucher*innen- und Schuldner*innenberatung, Wohnberatung, Pflegeberatung, Teilhabeberatung, soziale/sozialpädagogische Dienste oder Quartiersmanagement. Die sozialen Sicherungssysteme müssen gestärkt werden und allen Menschen bekannt sein, um einen angemessenen Lebensstandard für alle Bürger*innen dieses Landes in jeder Lebenslage zu garantieren. Kommunen müssen unbedingt ihre Handlungsmöglichkeiten der lokalen Armutspolitik nutzen und zukunftsfähig machen, um Armut wirksam zu bekämpfen. Hier sind zielgruppengerechte Partizipation und Inklusion ebenso wesentlich, wie vergünstigte Zugänge zu (öffentlichen) Angeboten im Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich sowie zur Mobilität.



Deshalb fordern wir:

- Prekäre Lebenslagen vorbeugen und durch die Förderung und Bekanntmachung von lokalen (aufsuchenden) Beratungsangeboten und kommunalen Einrichtungen mindern
- Soziale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen fördern und weiterentwickeln
- Von Armut besonders betroffene Wohnquartiere durch integrierte Stadtteilentwicklung stärken (zum Beispiel städtebauliche Maßnahmen zugunsten eines sozialen Zusammenhalts, lokale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik)

- Kommunale Gesundheitsförderung und pflegerische Versorgung ausweiten
- Benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärken (zum Beispiel durch besondere Bildungs- oder Integrationsmaßnahmen)
- Bessere öffentliche Aufklärung über das Recht auf Grund- sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (zum Beispiel durch Beratung)
- Eine einmalige Vermögensabgabe, um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse reduzieren

Während sich die allgemeine Arbeitslosenquote recht positiv entwickelt hat (Januar 2021: 6,3 % Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt) hat sich die Situation der Beschäftigungsverhältnisse verschärft. Viele Arbeitnehmer*innen arbeiten unter prekären Bedingungen (zum Beispiel in der Landwirtschaft, Fleischindustrie oder bei Internetversand- händlern), die niedrige Löhne, schlechte Wohnverhältnisse und geringe soziale Absicherung bedeuten. Zudem sind Menschen mit Behinderung in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. In Deutschland lag die Arbeits- losenquote für schwerbehinderte Menschen im Januar 2021 bei 11,8 %.

Deshalb fordern wir:

- Bessere individuelle Betreuung und Förderung insbeson- dere von Menschen mit Benachteiligungen
- Besondere Anlaufstellen zur qualifizierten Beratung und Vermittlung von Menschen mit Behinderung
- Bessere Förderung der beruflichen Aus- und Weiter- bildung
- Reduzierung der prekären Beschäftigungsverhältnisse und Stärkung sozialer Sicherungssysteme



Wahlprüfsteine – Wir fragen Politiker*innen zum Themenkomplex **Soziales und Arbeit**:

Was wollen Sie tun, um Armut wirksam zu bekämpfen?

Was wollen Sie tun, um die Arbeitsmarkt- chancen von Menschen mit Behinderung zu verbessern?

Was wollen Sie tun, um prekäre Beschäfti- gungsverhältnisse zu reduzieren?

Inklusion und Vielfalt

Offene und solidarische Gesellschaft leben



Wir wollen eine offene und solidarische Gesellschaft, die jeden einzelnen Menschen in seiner Individualität akzeptiert und in vollem Umfang teilhaben lässt. Wir treten ein für Solidarität mit sozial Benachteiligten, ob sie schon lange hier leben oder vor Krieg, Verfolgung und Armut Schutz bei uns suchen. Kommunen sind der Ort, wo Offenheit und Solidarität gelebt werden. Dies beinhaltet das aktive Vorantreiben von Prozessen der Vielfaltgestaltung, damit gesellschaftliche Vielfalt in den Kommunen täglich als positiv und bereichernd wahrgenommen wird. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung. Dazu brauchen wir Kommunen, die ihre öffentlichen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen können. Bund und Land müssen sie mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterstützen.

Deshalb fordern wir:

- Bessere Finanzausstattung der Kommunen
- Abkehr von der „schwarzen Null“
- Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwesens durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer

Inklusion und Teilhabe stärken

Die UN Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist seit 2009 geltendes Recht in Deutschland. Sie verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, alle staatlichen Leistungssysteme, den Sozialraum und die Lebensbedingungen so auszugestalten, dass alle Menschen ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dies bedeutet vor allem vor Ort in den Kommunen, für vielfältige Lebensrealitäten zu sensibilisieren, (Mehrfach-)Diskriminierungen von Betroffenen sichtbar zu machen und barrierefreie Zugänge und Teilhabe zu schaffen. Hierbei gilt es auch insbesondere Nicht-Betroffene stärker für Inklusion zu sensibilisieren. Rund 10 Millionen Menschen mit Behinderung leben in Deutschland. Sie werden jedoch von einem Großteil der Bevölkerung nicht wahrgenommen. Dies muss sich ändern.

Deshalb fordern wir:

- Barrierefreiheit in allen Bereichen
- Notwendige Unterstützung wie Gebärdensprachdolmetscher*innen oder Assistenzleistungen bereitstellen
- Die Rechte, und damit insbesondere die Finanzierung sowie die Zutrittsrechte von Assistenzhunden vereinheitlichen und fördern
- Die Einführung eines Teilhabegeldes für alle Menschen mit Behinderung



Wahlprüfsteine Inklusion und Vielfalt:

Was wollen Sie tun, um Vielfalt sichtbarer zu machen sowie Solidarität und Inklusion in den Kommunen zu leben?

Was wollen Sie tun, um Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen?

Was wollen Sie tun, um die Barrierefreiheit als Voraussetzung zur Teilhabe zu berücksichtigen?

Lebenswerte Kommune

Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen

Seit langem ist bekannt, dass bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum fehlt. Dieser Mangel hat sich in den vergangenen Jahren vielerorts verschärft. Insbesondere sozial benachteiligte Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderung sind im harten Wettbewerb um Wohnraum benachteiligt und zugleich in größerem Maße auf günstigen und barrierefreien Wohnraum angewiesen. In den Städten haben Mietsteigerungen dazu geführt, dass sich viele diese Preise nicht mehr leisten können und aus den Städten verdrängt werden. In ländlichen Regionen wiederum fehlen häufig moderne digitale Infrastruktur und eine gute Anbindung an den ÖPNV. Eine verlässliche Daseinsvorsorge und damit auch einhergehende gute Lebensqualität sind speziell im ländlichen Raum vielerorts gefährdet, wenn nicht bereits stark eingeschränkt. Bei dem notwendigen Ausbau von Wohnraum, etwa durch schnellen Neubau und Aufstockung bestehender Gebäude, ist die Barrierefreiheit unbedingt weiterhin zu gewährleisten. Der dringende Bedarf an günstigem Wohnraum darf daher nicht zu Lasten der Barrierefreiheit gedeckt werden. Beiden Bedürfnissen ist angemessen Rechnung zu tragen.

Deshalb fordern wir:

- Schaffung von mehr bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum
- Keine Absenkung von barrierefreien Standards beim Wohnungsbau

- Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus und des Sozialwohnungsbaus
- Stärkung der Lebensqualität und der Infrastruktur auf dem Land

Digitalisierung und Barrierefreiheit ausbauen

Digitalisierung ist für alle Menschen und in besonderem Maße für Menschen mit Behinderung ein wichtiges Thema. Sie schafft Zugänge zu vielen Lebensbereichen und ermöglicht existenzielle Teilhabe. Gerade in den heutigen, schnelllebigen Zeiten ist der Zugang zu Digitalisierung unabdingbar. Einschränkungen in diesem Bereich führen zu gravierenden Hürden und Schwierigkeiten im Alltag. Digitale Produkte und Dienstleistungen müssen deswegen unbedingt die Barrierefreiheit berücksichtigen. Eine notwendige Voraussetzung ist schnelles Netz überall in Niedersachsen. Chancengleichheit in allen Bereichen des Lebens kann nur unterstützt durch einen barrierefreien Zugang zum Internet für alle Menschen gelingen.

Deshalb fordern wir:

- Barrierefreiheit auch im digitalen Bereich
- Die Digitalisierung insbesondere im ländlichen Raum (Breitbandausbau) unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit vorantreiben



Kulturelle Angebote erhalten und fördern

Das Angebot und der Zugang zu Kunst und Kultur gehören zu den wichtigen Errungenschaften unserer modernen Gesellschaft. Allerdings sind kulturelle Angebote stets von Haushaltseinsparungen und somit von Schließung oder Kürzungen bedroht. Zudem ist der Zugang zu Freizeit- und Kulturangeboten gerade für finanziell benachteiligte Menschen erschwert. Vielfältige, inklusive und kostengünstige Kultur- und Freizeitangebote gehören jedoch zur Bildungslandschaft vor Ort. Sie sind als außerschulische Lernorte sowie als Orte generationsübergreifenden lebenslangen Lernens unverzichtbar für eine offene und demokratische Gesellschaft. Grundlage der Existenz dieser Angebote darf nicht ihr Profit sein. Kommunen müssen für einen Fortbestand und die Weiterentwicklung vielfältiger, inklusiver und kostengünstiger Bildungs- und Kulturangebote Sorge und finanzielle Mitverantwortung tragen.

Deshalb fordern wir:

- Notwendige personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen, um eine hohe Qualität inklusiver und kostengünstiger Kultur- und Freizeitangebote zu garantieren



Mobilität und Klimaschutz voranbringen

Ein barrierefreier und flächendeckender ÖPNV ist entscheidende Voraussetzung dafür, dass vor allem Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In den vergangenen Jahren ist es zu einer Ausdünnung des ÖPNV-Angebotes gekommen. An Sonn- und Feiertagen

sowie zu Ferienzeiten ist die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln häufig gar nicht oder nur sehr eingeschränkt sichergestellt. Dies ist insbesondere in ländlichen Regionen ein großes Problem. Auch mit Blick auf die heranwachsende sowie nachfolgenden Generationen ist es umso wichtiger, unserer gesellschaftlichen Verantwortung hinsichtlich Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität nachzukommen. Zukunftsfähige Angebote müssen vor allem vor Ort aufgestockt und neue innovative Modelle entwickelt und eingesetzt werden. Die Einrichtung eines kostenlosen oder mindestens kostengünstigen kommunalen ÖPNV für alle sollte genutzt werden, um mehr Menschen für den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität zu motivieren.

Deshalb fordern wir:

- Ausbau des öffentlichen barrierefreien Personennahverkehrs - vor allem auf dem Land
- Nachhaltige Verkehrskonzepte, die Klimaschutz und die Bedürfnisse aller Menschen zukunftsweisend berücksichtigen



Wahlprüfsteine Lebenswerte Kommune:

Was wollen Sie tun, um dringend benötigten Wohnraum bezahlbar und barrierefrei zur Verfügung zu stellen?

Was wollen Sie tun, um die Digitalisierung in der Kommune voranzubringen?

Was wollen Sie tun, um inklusive und kostengünstige Kultur- und Freizeitangebote sicherzustellen?

Was wollen Sie tun, um Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Ihrer Kommune umzusetzen?
Was wollen Sie tun, um Mobilität zukunftsfähig zu gestalten?

Bildung

Schule zukunftsfähig gestalten

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung haben ein Recht auf gemeinsame, inklusive Bildung. Das Niedersächsische Schulgesetz verpflichtet die öffentlichen Schulen, allen Schüler*innen einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen. Die Kommunen als Schulträger sind in der Pflicht, dies umzusetzen und in eine gute Ausstattung aller Schulen zu investieren. Mit der Corona-Krise hat die Frage der Barrierefreiheit in der Schule eine neue Dimension angenommen. Es ist einmal mehr deutlich geworden, dass Armut und Armutsgefährdung Barrieren beim Bildungszugang darstellen. Digitaler Unterricht wird auch in Zukunft ein Merkmal moderner Schulformen bleiben. Diese Beschulungsform kann auch wegen des digitalisierten Arbeitsmarkts nicht rückgängig gemacht werden. Es ist unumgänglich, dass Schulen und Schüler*innen einen Zugang zum Netz sowie zu den erforderlichen Geräten und Arbeitsräumen erhalten. Es genügt nicht, armen Familien einen Zuschuss zum Gerätekauf zu gewähren. Diese Zukunftsaufgabe erfordert nachhaltige Investition in die Infrastruktur.



Deshalb fordern wir:

- Die Qualität inklusiver Bildungsangebote verbessern und langfristig durch personelle und finanzielle Ressourcen absichern
- Ganztagschulen und insbesondere die weiteren Unterstützungsangebote wie zum Beispiel schulische Sozialarbeit ausbauen

- Krisenfeste Schulen durch nachhaltige Investitionen, damit Kinder und Jugendliche zu keiner Zeit auf ihr Recht auf Bildung verzichten müssen
- Flächendeckende und dauerhafte Bereitstellung von IT-Fachpersonal, Medienpädagog*innen und zentralen Diensten

Verlässliche Betreuung für alle Kinder ermöglichen

Damit Familie und Beruf miteinander vereinbar werden können, brauchen Eltern passgenaue, flexible und verlässliche Angebote für die Kinderbetreuung. Sie brauchen Wahlfreiheit, um das Familienleben gestalten zu können. Nach wie vor sind Kitaplätze nicht immer in der gewünschten Form ausreichend vorhanden. Inklusion muss auch in der Kita ermöglicht werden, damit Wissen über und Akzeptanz von Behinderungen so früh wie möglich vermittelt werden.

Die Abschaffung der Kitagebühren für Kinder über drei Jahren hat die finanzielle Situation für viele Familien zwar verbessert, jedoch sollte die Beitragsfreiheit auf alle Kinder ausgeweitet werden, also auch für Krippen und Horte gelten. Bei hohen Betreuungskosten lohnt sich eine Berufstätigkeit häufig nicht, was gerade Müttern eine Rückkehr in den Beruf erschwert.

Deshalb fordern wir:

- Passgenaue und flexible Betreuungsangebote
- Keine Abkehr von der zugelassenen Gruppengröße
- Keine Absenkung der Qualitätsanforderungen an Zweit- und Drittkräfte in den Kitas
- Inklusion auch in der Kita umsetzen und rechtlich verankern
- Beitragsfreiheit für alle Kinder



Wahlprüfsteine Bildung:

Was wollen Sie tun, um Schule nachhaltig, inklusiv und zukunftsfähig zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuung auch für finanzschwache Familien zu garantieren?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuungseinrichtungen inklusiv zu gestalten?

Frauen

Bedingungen für Frauengesundheit und Geburt verbessern

Die Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen ist in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden. Gerade in ländlichen Regionen und auf niedersächsischen Inseln haben zahlreiche Geburtsstationen schließen müssen, und Hebammen können sich aufgrund gestiegener Versicherungsprämien kaum mehr ihren Job leisten. Hier muss gegengesteuert werden. Eine verlässliche, flächendeckende Hebammenbetreuung muss sichergestellt werden, so dass alle werdenden Mütter und ihre Kinder gut versorgt sind.



Deshalb fordern wir:

- Das nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ auf kommunaler Ebene fördern, etwa durch kommunale Frauen- und Gleichstellungsbüros
- Eine flächendeckende Hebammenversorgung sicherstellen

Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

Frauen und ihre Kinder, die von Gewalt betroffen sind, benötigen Schutz und Unterstützung. Tausende von Frauen können wegen Überfüllung oder wegen fehlender Barrierefreiheit nicht im Frauenhaus aufgenommen werden. Hier müssen die Kapazitäten erhöht werden, um den Schutz von Frauen und Kindern vor Ort zu gewährleisten.

In 2019 waren in Niedersachsen vier von fünf Opfern

häuslicher Gewalt weiblich. Frauen mit Behinderung sind darüber hinaus im Bundesdurchschnitt fast doppelt so häufig von körperlicher Gewalt im Erwachsenenalter betroffen wie nichtbehinderte Frauen. Diese nach wie vor erschreckende Lebensrealität vieler Frauen gilt es ernsthaft und proaktiv zu bekämpfen. Frauen müssen vor allen Formen von Gewalt geschützt werden. Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss vorgebeugt, sie muss verfolgt und beseitigt werden. Diese Kernpunkte der Istanbul-Konvention sind auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen umzusetzen, auch und insbesondere in den Kommunen.

Deshalb fordern wir:

- Verlässliche und ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern
- Verlässliche und ausreichende Finanzierung von Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder

Frauenanteil in der Politik erhöhen

Obwohl Frauen in Deutschland mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, sind sie noch nie entsprechend ihres Anteils in Parlamenten vertreten gewesen. Ihre Perspektiven, Belange und Lebenswelten sind somit stets zu wenig in den politischen Institutionen repräsentiert, und strukturelle Benachteiligungen verhindern eine effektive Gleichstellung der Geschlechter. Aktuelle Zahlen zeigen, dass sich die Situation in den letzten Jahren nicht verbessert hat. Der Frauenanteil im Bundestag sank nach der Wahl 2017 auf ein 20-Jahres-Tief: Nur 31 Prozent der Abgeordneten in dieser Legislaturperiode sind Frauen. In Niedersachsen





Wahlprüfsteine Frauen:

Was wollen Sie tun,
um Bedingungen für
eine gute Geburts-
hilfe und Versorgung
vor Ort zu schaffen?

Was wollen Sie
tun, um von Gewalt
betroffene Frauen
und Kinder zu schüt-
zen?

Was wollen Sie tun,
um die Parität in den
Parlamenten sicher-
zustellen?

liegen die Zahlen noch deutlich darunter. Bei den Kommu-
nalwahlen 2016 waren lediglich 26,5 Prozent der gewählten
Mandatsträger*innen Frauen. Ein Zuwachs von 2,1 Prozent
im Vergleich zu 2006 macht deutlich, wie langsam es hier
vorangeht. Das wollen wir nicht länger hinnehmen.

Deshalb fordern wir:

- Gleichberechtigte Repräsentation von Frauen und Män-
nern in politischen Gremien
- Fraktionsübergreifende Initiativen für Parität in den Par-
lamenten ergreifen

Pflege

Gute Pflege verwirklichen

Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dem Wunsch vieler Menschen, so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung leben zu wollen, muss deshalb Rechnung getragen werden. Menschen mit Pflegebedarf müssen frei wählen und entscheiden können, wo und mit wem sie leben wollen. Ein vielfältiges Angebot an ambulanten und stationären Leistungen ist Voraussetzung dafür, dass pflegebedürftige Menschen von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen können und die passende Unterstützung finden. Die „Baby-Boomer-Generation“ wird den Anteil der Menschen im Rentenalter und so auch den Pflegebedarf in den nächsten Jahren im Vergleich zu heute erheblich ansteigen lassen. Mit der Corona-Krise ist einmal mehr deutlich geworden, was geschieht, wenn Bedarf und Versorgungsgrad nicht zueinanderpassen und wie dünn die Personaldecke in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und in der ambulanten Pflege ist. Die Kommunalpolitik muss sich auch mit Blick auf den vermehrten Versorgungsbedarf, der sich aus der demografischen Entwicklung ergibt, für die verstärkte Ansiedlung von Arztpraxen und verbesserte Pflegeversorgung einsetzen.

Deshalb fordern wir:

- Beachtung des Wunsch- und Wahlrechtes pflegebedürftiger Menschen
- Ausbau einer barrierefreien sozialräumlichen Infrastruktur, die sich an dem Bedarf pflegebedürftiger Menschen orientiert
- Personelle Ausstattung in der Pflegebranche verbessern
- Reduzierung der Eigenbeteiligung in der stationären Pflege und langfristig eine Pflegevollversicherung



Wahlprüfsteine Pflege:

Was wollen Sie tun, um die Bedingungen für Pflegende zu verbessern?

Was wollen Sie tun, damit sich alle Pflegebedürftigen eine gute Pflege leisten können?

SOZIALES UND ARBEIT

Was wollen Sie tun, um Armut wirksam zu bekämpfen?

Was wollen Sie tun, um die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderung zu verbessern?

Was wollen Sie tun, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu reduzieren?

INKLUSION UND VIELFALT

Was wollen Sie tun, um Vielfalt sichtbarer zu machen sowie Solidarität und Inklusion in den Kommunen zu leben?

Was wollen Sie tun, um Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen?

Was wollen Sie tun, um die Barrierefreiheit als Voraussetzung zur Teilhabe zu berücksichtigen?



LEBENSWERTE KOMMUNE

Was wollen Sie tun, um dringend benötigten Wohnraum bezahlbar und barrierefrei zur Verfügung zu stellen?

Was wollen Sie tun, um die Digitalisierung in der Kommune voranzubringen?

Was wollen Sie tun, um inklusive und kostengünstige Kultur- und Freizeitangebote sicherzustellen?

Was wollen Sie tun, um Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Ihrer Kommune umzusetzen?

Was wollen Sie tun, um Mobilität zukunftsfähig zu gestalten?

Wahlprüfsteine kompakt

Wir fragen Politiker*innen zu unseren Themenkomplexen

BILDUNG

Was wollen Sie tun, um Schule nachhaltig, inklusiv und zukunftsfähig zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuung auch für finanzschwache Familien zu garantieren?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuungseinrichtungen inklusiv zu gestalten?

FRAUEN

Was wollen Sie tun, um Bedingungen für eine gute Geburtshilfe und Versorgung vor Ort zu schaffen?

Was wollen Sie tun, um von Gewalt betroffene Frauen und Kinder zu schützen?

Was wollen Sie tun, um die Parität in den Parlamenten sicherzustellen?

PFLEGE

Was wollen Sie tun, um die Bedingungen für Pflegende zu verbessern?

Was wollen Sie tun, damit sich alle Pflegebedürftigen eine gute Pflege leisten können?

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovd-nds.de
www.sovd-nds.de